



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 30
18. Wahlperiode
20. März 2015

Liebe Leserinnen und Leser!

In Deutschland sind demokratische Wahlen heutzutage keine Besonderheit mehr: sie sind ein unumstößlicher Pfeiler unserer freiheitlichen Grundordnung. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) mussten sich dieses Privileg jedoch mühsam und über Jahrzehnte hinweg erkämpfen. Mit den ersten und einzigen freien, demokratischen Wahlen vor 25 Jahren konnte Freiheit gegen Unrecht, Unterdrückung und Willkür siegen. Lassen Sie uns nie vergessen, wie steinig dieser Weg war.

Herzlichst Ihr

GEEINT IN FREIHEIT

In den deutschen Geschichtsbüchern ist der 18. März 1990 kein Datum, mit dem jeder etwas anfangen kann. Dabei ist eben jener Tag der Beginn vom Ende eines Unrechtsstaates der jüngsten deutschen Geschichte. Für die Bundesrepublik Deutschland steht dieses Datum stellvertretend für die Durchsetzung der Demokratie gegen sämtliche Widerstände in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Es steht aber auch für die Erkenntnis, dass Diktatur aus der Mitte des Volkes überwunden werden kann. Diese Sitzungswoche hat der Bundestag über die Bedeutung der ersten und letzten freien Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik debattiert. Unter der Anwesenheit ehemaliger Parlamentarier der ersten demokratisch legitimierten Volkskammer wurde die-

ses historische Ereignis umfassend gewürdigt. Die Wahl zur letzten Volkskammer der DDR vor 25 Jahren ist die Geschichte eines selbstlosen Parlamentarismus, der von unterdrückten Bürgern erkämpft wurde. Er wurde mehrheitlich durch leidenschaftliche Demokraten und Parlamentarier geprägt, die ihr Amt antraten, um die DDR im Namen der Freiheit und der Menschenrechte abzuschaffen. Der 18. März 1990 ist ein Meilenstein auf dem deutschen Weg zur Einheit in Freiheit. Dass die *Allianz für Deutschland* aus dieser Wahl (mit immerhin 93,4% Wahlbeteiligung) als Sieger hervorging, war kein Wunder, sondern eine bewusste Entscheidung für die politische Mitte unter Führung der CDU. Mit dem Bekanntwerden der Fälschung der l e t z t e n D D R -

Kommunalwahlen im Mai 1989 wuchs der Unmut in der Bevölkerung rasant. Der DDR-Unrechtsstaat hatte sich selbst und in aller Weltöffentlichkeit zum wiederholten Male selbst delegitimiert. Wachsendes Selbstvertrauen der Bürgerinnen und Bürger der DDR, zunehmende Kritik an der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und die daraus entstandenen Bürgerproteste, leiteten ein, was der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl engagiert vollenden durfte: die Einheit Deutschlands auf der Basis der Demokratie, des Rechtsstaates und des Grundgesetzes. Die Diktatur wurde aus der Mitte Deutschlands und Europas verbannt. Leider gibt es auch im Bundestag in den Reihen der LINKEN Ewiggestrige, die von all dem nichts wissen wollen.

MEHR IT-SICHERHEIT FÜR ALLE

Unser Leben wird zunehmend digitalisiert: regional, national und global nutzen immer mehr Menschen, Behörden und Firmen das Internet. Zeitgleich stellt die weltweite Vernetzung den deutschen Staat und die Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Parallel zur diesjährigen CeBIT-Ausstellung in Hannover hat der Bundestag in Berlin die Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer (IT) Systeme in erster Lesung beraten. Ein Mehr an IT-Sicherheit ist Teil der *Digitalen Agenda* der Bundes-

regierung und auch eine logische Konsequenz aus dem Anstiegs der sogenannten Cyber-Kriminalität und der stetig wachsenden Anzahl der Internetnutzer. Neben einem besseren digitalen Schutz der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und staatlicher Institutionen, sieht das Gesetz auch die Einführung eines Mindestmaßes an Sicherheitsanforderungen im Bereich der kritischen Infrastruktur vor. Der Begriff der kritischen Infrastruktur umfasst jene Einrichtungen, die für die Funktionalität des Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind. Auch die

Rolle und die Zuständigkeiten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BIS) sollen ausgebaut werden. Darüber hinaus sieht das Gesetz auch vor, die Befugnisse des Bundeskriminalamtes im Kampf gegen Cyber-Kriminalität zu stärken. Die Einführung einer Meldepflicht von Sicherheitsvorfällen in der kritischen Infrastruktur soll einen zeitgemäßen Schutz der digitalen Infrastruktur gewährleisten. Die Gesetzesinitiative zur Erhöhung der IT-Sicherheit ist ein notwendiger Schritt, um der dunklen Seite der Digitalisierung auf Augenhöhe begegnen zu können.



flown / pixelio.de

TERMINAUSWAHL

20.03.2015

Jahreshauptversammlung der CDU Hanstedt;
Hanstedt

25.03.2015

Treffen mit dem kasachischen Botschafter, Bolat Nussupov,
Berlin

25.03.2015

Treffen der Landesgruppe Niedersachsen mit der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel;
Berlin

BESSERE GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Im Rahmen der Stärkung der Gesetzlichen Krankenkassen hat der Bundestag in der laufenden Sitzungswoche über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der gesundheitlichen Prävention (Präventionsgesetz, PräVG) in erster Lesung beraten. Ziel des Gesetzes soll die Verbesserung des Leistungsumfangs der Krankenkassen bei der Früherkennung von Krankheiten sein. Auch das Zusammenwirken betrieblicher Gesundheitsförderung und des Arbeitsschutzes soll weiter verbessert werden. Weiterhin fokussiert der Entwurf den Ausbau der

präventionsorientierten Gesundheitsuntersuchungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und dem damit verbundenen stetigen Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartungen soll durch den Gesetzesentwurf eine effektive Gesundheitsförderung und eine angemessene Prävention ermöglicht werden. Dabei verlangen Kindertagesstätten, Schulen, Betriebe oder stationäre Pflegeeinrichtungen besondere Aufmerksamkeit. Immerhin findet dort die Mehrheit gesellschaftlichen Zusammenle-

bens statt. Diesem Vorstoß liegt die Idee zugrunde, dass alle gesundheitspolitischen Akteure gemeinsam für eine Verbesserung der Gesundheitsförderung und Prävention sorgen sollen. Dazu gehören neben sämtlichen Sozialversicherungsträgern auch die privaten Krankenkassen und Pflegeversicherungen. Die Förderung der Gesundheit und der Ausbau von Präventionsangeboten sollte in allen Lebensbereichen und in jedem Lebensalter unterstützt werden. Dafür setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geschlossen ein.



berwis / pixelio.de